

Unpopulärer Schutz von Minderheiten

Menschenrechte erscheinen den meisten Österreichern als wichtig, aber nicht für alle Gruppen gleichermaßen. Die Rechte von Ausländern genießen allgemein wenig Prestige, und Jüngeren fehlt vielfach grundlegendes Wissen.

Wien – Die gute Nachricht: Internationale Menschenrechtsgarantien sind den Österreichern ziemlich wichtig. 73 Prozent glauben, „dass wir in Österreich mehr auf Menschenrechte achten sollten“. Das ergab eine von der „Initiative Menschenrechte jetzt“ in Auftrag gegebene, am Mittwoch vorgelegte repräsentative Befragung der Karmasin-Motivforschung. Sie bildet den Auftakt von Aktivitäten in Vorbereitung zur Universalen Menschenrechtsprüfung Österreichs vor der Uno im kommenden Winter.

Bemerkenswert jedoch ist, welche der aufgelisteten Rechte von den Befragten als wichtig bezeichnet wurden – und welche nicht. Nach dem „Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit“ – einem Grundrechtsklassiker, den 70 Prozent hochhalten, finden zwischen 60 und 70 Prozent die sozialen Garantien zentral: den Zugang zu Gesundheit, Gleichbehandlung und das Recht auf Arbeit.

Unter den Personengruppen, die „besonders geschützt“ werden sollen, rangieren Kinder mit 83 Prozent an erster Stelle, gefolgt von „kranken Menschen“ (74 Prozent). Für Martin Schenk von der Armutskonferenz ist das ein „Sig-



Kinder sollen besonders geschützt werden: Das meinten bei einer Befragung über den Stellenwert von Menschenrechten 83 Prozent aller Österreicherinnen und Österreicher. Foto: APA

nal an die Politik“. Etwas, dass das „bisher jahrelange Herumdoktern“ an der Reform der Sozialhilfe von der Bevölkerung nicht geschätzt werde, sagte er bei der Vorstellung der Studie.

„Mehrheitsmenschenrechte“

Die sozialen Grundrechte kämen eben allen Menschen im gleichen Maß zu, meint dazu Barbara Liegl, Geschäftsführerin der Antirassismus-NGO ZARA: „Man kann sie sozusagen als Mehrheitsmenschenrechte bezeichnen.“ Dass sie weit populärer seien als Minderheitenrechte sei eine „Schiefelage“. Tatsächlich finden nur 26 Prozent

das „Recht auf besonderen Schutz von Minderheiten“ wichtig, nur 24 Prozent das „Recht auf Asyl“. Verantwortlich dafür laut Liegl: „In Österreich wird über Flüchtlinge und Ausländer zu viel unter dem Sicherheitsaspekt diskutiert.“

Nicht wirklich hoch im Kurs stehen aber offenbar auch demokratische Garantien: Zwar wird das „Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit“ von immerhin 53 Prozent der Befragten als wichtig erachtet; das „Recht auf politische Partizipation“ im Rahmen von Wahlen hingegen jedoch nur von 34; das „Recht auf Versammlungs-

freiheit“ überhaupt nur von 26 Prozent.

Und dieser Prozentsatz wird geringer, je jünger die Befragten sind. Einer internen Auswertung zufolge ist das „Recht auf Asyl“ nur 19 Prozent der unter 30-Jährigen ein Anliegen. Nur 24 Prozent der Befragten dieser Altersgruppe war es überhaupt bekannt: Für Barbara Helige von der Liga für Menschenrechte ein „Auftrag an das Bildungssystem und an die Medien“. (bri) **Kommentar Seite 28**

Informationen über die Universelle Menschenrechtsprüfung:
www.menschenrechte-jetzt.at

DER STANDARD

Der Standard/Hauptausgabe Morgen

Seite 9 / 26. August 2010 / Gesamtauflage: 108772

Zivilcourage und Antirassismusbearbeitung

